

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



„WIR WAREN SCHLIESSLICH DURCH DAS SCHICKSAL VERBUNDEN“
Die Jüdische Private Musikschule Hollaender in Berlin

INHALT

- 2 Editorial**
Christine Fischer-Defoy

- 4 Varian Fry auf Reisen. Die Wanderausstellung „Ohne zu zögern“ war inzwischen auch in Rostock, Paris und Viernheim zu sehen**
Marion Neumann

- 6 Final sale. The End of Jewish Owned Businesses in Nazi Berlin. Eine englische Fassung der Ausstellung „Verraten und verkauft“ im Leo Baeck Institut New York**

- 7 Die Straße des 23. August. Müssen wir die Geschichte des XX. Jahrhunderts umschreiben?**
Gerhard Schoenberner

- 10 Ein fast vergessener Ort der Judenverfolgung. Die Staatspolizeileitstelle in der Burgstraße**
Julian R. Massenberg

- 13 „Wir waren schließlich durch das Schicksal verbunden“. Die Jüdische Private Musikschule Hollaender in Berlin**
Christine Fischer-Defoy

- 18 Verleihung des Verdienstordens des Landes Berlin an Christine Fischer-Defoy**
Klaus Wowereit

- 19 Publikationen des Aktiven Museums**

- 20 Impressum**

Liebe Mitglieder und Freunde des Aktiven Museums,

Das Editorial zu diesem ersten Rundbrief im Jahre 2011 kommt aus Mecklenburg-Vorpommern. Schon lange vor Weihnachten hat sich hier der Schnee wie ein riesiges Federbett über die Landschaft gelegt und die hektische Betriebsamkeit kurz vor dem Jahresende zum Erliegen gebracht. Am besten, man streckt unter dem großen weißen Federbett die Beine aus und lauscht mit einem Ohr, ob der Schneeräumdienst schon unterwegs ist, ohne den hier nichts mehr geht. Viel Zeit also, um zurück und nach vorne zu schauen.

Auch im Januar 2010 lag hoher Schnee auf dem Berliner Bebelplatz und es piff ein eisiger Wind, als wir dort gemeinsamen mit vielen anderen gegen die Veranstaltung der „Mercedes Benz Fashion Week“ auf und über dem Denkmal zur Bücherverbrennung von Micha Ullman demonstrierten. Allen Verhandlungen und Protesten zum Trotz wird diese Veranstaltung auch im Januar 2011 wieder stattfinden. Und auch

wir werden wieder dabei sein und werden rechtzeitig darüber via Emailverteiler (wer da noch nicht drin ist und das ändern möchte: eine mail an: info@aktivesmuseum.de genügt!) informieren.

Marion Neumann, eine der beiden Kuratorinnen unserer Ausstellung „Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ begleitete die daraus hervorgegangene Wanderausstellung ins Maison Heinrich Heine in Paris, wo die Ausstellung nach Stationen in der Alten Synagoge Röbel und in Rostock im Spätsommer gezeigt wurde. Als nächstes präsentiert das Rathaus Wiesbaden die Ausstellung vom 19. Januar bis zum 18. Februar 2011, im Sommer wird sie in Prora auf Rügen zu sehen sein.

Bettina Kubanek, eine der beiden Gestalterinnen unserer Ausstellung „Verraten und Verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“ reiste zur Eröffnung einer englischsprachigen Ausstellungsversion im dortigen Leo Baeck Institut nach New York, wo die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Forschungsprojekt „Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien. Kleine



Kulturstaatssekretär André Schmitz und Christine Fischer-Defoy (im Vordergrund) bei der Einweihung der Weinberger-Tafel im Foyer der Senatskulturverwaltung in der Brunnenstraße 188-190

und mittlere jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1930/31-1945“ am Lehrstuhl für deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert der Humboldt-Universität erarbeitet wurde, bis Ende März 2011 zu sehen sein wird. Zur Ausstellung erschien auch eine englischsprachige Edition der Begleitbroschüre. Auf deutsch ist der Band in bereits dritter Auflage nun wieder in unserer Geschäftsstelle sowie bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erhältlich.

Eine der Ausstellungstafeln von „Verraten und Verkauft“ fand 2010 im Eingangsbereich der Senatskulturverwaltung in der Brunnenstraße 188 einen endgültigen Platz (siehe Abb.). Sie erzählt die Geschichte der Butterhandlung Gebrüder Weinberger, die bis zur Schließung im Gebäude der heutigen Kulturverwaltung bestand. Seit Anfang der 1990er-Jahre erinnerte dort bereits eine Gedenktafel an das jüdische Unternehmen. Nun kann man sich in Text und Bild ausführlich über seine Geschichte informieren. Mit Unterstützung des Staatssekretärs für Kulturelle Angelegenheiten, André Schmitz, sollen weitere Ausstellungstafeln an ihrem historischen Standort angebracht werden. Das „Soho House Berlin“ in der Torstraße 1 in Berlin-Mitte, wo sich bis zur Schließung das ebenfalls in der Ausstellung dokumentierte „Kreditkaufhaus Jonaß“ befand, hat eine Anbringung der entsprechenden Tafel bereits zugesagt.

Wir freuen uns ganz besonders darüber, dass der Gründungs- und Ehrenvorsitzende unseres Vereins, Gerhard Schoenberger, zur Reiseschreibmaschine gegriffen hat, um nach längerem einmal wieder einen Beitrag für den Rundbrief zu verfassen – und das auch zukünftig regelmäßig in einer Kolumne tun wird. Er wirft diesmal einen kritischen Blick auf eine vor einiger Zeit verabschiedete Resolution des Europäischen Parlamentes, einen Gedenktag für alle Opfer des Totalitarismus betreffend.

Julian R. Massenberg setzte sich im Rahmen eines Seminarkurses am Zehlendorfer Schadow-Gymnasium über „Straßen, Plätze und Gebäude in Berlin und Umgebung als Spiegel der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ mit der Staatspolizeileitstelle Berlin in der Burgstraße

auseinander und hat für unseren Mitgliederrundbrief eine Zusammenfassung seiner Arbeit verfasst, die auch in unserer Bibliothek einzusehen ist.

Vermutlich im Herbst 1940 schloss die Private Jüdische Musikschule Hollaender in der Sybelstraße 9 in Charlottenburg ihre Pforten. Dieses jüdische Konservatorium in Berlin war 1936 von den früheren Besitzern des „Stern’schen Konservatoriums“ zusammen mit den dort entlassenen jüdischen Lehrkräften gegründet worden. In einer kleinen Ausstellung hatte das Aktive Museum 1993 gemeinsam mit Christine Zahn und dem Charlottenburger Heimatmuseum an diese Institution erstmals erinnert und am früheren Schulgebäude in der Sybelstraße eine provisorische Gedenktafel angebracht, die am 21. März 2007 in Anwesenheit der Bezirksbürgermeisterin durch eine Bronzetafel ersetzt wurde. Ein Aufsatz in diesem Heft erinnert 70 Jahre nach der Zwangsschließung noch einmal an die Geschichte dieser Bildungseinrichtung.

Bereits jetzt möchte ich zu guter Letzt vorfreudig ankündigen, dass unsere neue Ausstellung „Gute Geschäfte. Kunsthandel in Berlin 1933-1945“ am Sonntag, den 10. April 2011 in der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum in der Oranienburger Straße eröffnet werden und dort bis Mitte Juli 2011 zu sehen sein wird.

Allen Mitgliedern und Freunden des Aktiven Museums wünschen wir einen guten Start in ein friedliches Jahr 2011.

Christine Fischer-Defoy

VARIAN FRY AUF REISEN

Die Wanderausstellung „Ohne zu zögern“ war inzwischen auch in Rostock, Paris und Viernheim zu sehen

Erfreulicherweise trägt unsere intensive Vorarbeit nun Früchte: Im Jahr 2010 tourte die Wanderausstellung „Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ durch die Bundesrepublik und konnte darüber hinaus auch in Paris präsentiert werden.

Von der Bundesrepublik...

Rostock: Von Juli bis August 2010 machte sie in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Rostock im Kröpeliner Tor Station. Im alten, engen Stadtturm zeigte sich, wie variabel die Ausstellung aufzubauen ist: Sie konnte über zwei Stockwerke verteilt werden. Ort und Zeitpunkt waren von der Geschäftsführerin Angrit Lorenzen-Schmidt gut gewählt. Mit den internationalen Gästen der Kreuzfahrten, die im Sommer Rostock besuchen, fand sich zusätzlich ein eher ungewöhnliches Publikum ein.

... nach Frankreich...

Paris: Im September war „Varian Fry“ im Maison Heinrich Heine in Paris zu sehen, dank Frau Dr. Christiane Deussen und ihren Mitarbeitern. Es begann mit dem gemeinsamen Aufbau, bei dem ich technische Fragen klären, aber vor allem viele inhaltliche Auskünfte geben konnte. Abends war der Saal mit etwa 120 Personen bis auf den letzten Platz gefüllt: Darunter waren ehemalige deutsche Emigranten und deren Kinder, die Fry zum Teil noch persönlich gekannt haben. Neben französischen Professoren und Studenten des Universitätscampus hatten weitere Interessierte den Weg zur Eröffnung gefunden. Unsere dafür nochmals produzierte französische Begleitbroschüre fand großen Anklang, ebenso die 2008 in französischer Sprache erneut aufgelegten Erinnerungen von Varian Fry („Livrer sur demande“).

Aber auch unser deutschsprachiger Katalog wurde mehrmals verkauft. Trotz der kurzen Ausstellungs-dauer von nur zwei Wochen stießen die Führungen für Schulklassen sowie das Begleitprogramm in deutscher und französischer Sprache auf reges Interesse. Einzelne Besucher kamen sogar zu allen Veranstaltungen. An dieser Stelle möchte ich Annette Antignac für ihren unentwegten Einsatz für dieses Projekt danken. Ihre Eltern, Ruth und Walter Fabian, hatten Anfang der 1940er-Jahre in Marseille mit Varian Fry zusammen gearbeitet. Sie selbst ist bis heute in der Emigrantenvereinigung „Solidarité“ aktiv.

Bei den Besuchern der Vernissage hinterließen die sehr persönlichen und warmherzigen Worte von Stéphane Hessel und von Edzard Reuter einen tiefen emotionalen Eindruck. Deshalb möchte ich hier ein paar Auszüge aus ihren Redebeiträgen wiedergeben.

Stéphane Hessel (Ehrentitel „Ambassadeur de France“ seit 1982)

Herr Hessel erinnerte nachdrücklich an den Menschen Varian Fry, der ihm sehr nahe gestanden hatte. Er betonte besonders dessen Mut und humanitäre Einstellung sowie seine Bescheidenheit und die vielen Sorgen, die Frys Einsatz begleiteten. Auch er habe durch Fry das rettende Visum erhalten, das ihm ermöglichte, sich in London General de Gaulle anzuschließen. Individuelle Typen wie Fry seien in jener historischen Situation nötig gewesen, um so vielen Verfolgten zu helfen. „Ohne zu zögern“ hätten Fry und sein Team alles getan, um weit mehr Personen zu retten als Frys Mandat anfänglich umfasst habe – was leider nicht bei allen gelungen sei. In einer gefährlichen Zeit hätten sie humanitäre Verantwortung übernommen. Weiter appellierte Herr Hessel an die Franzosen, mehr für das Andenken an diesen „Gerechten unter den Völkern“ zu tun. In Deutschland sah er diesbezüglich mehr Anstrengungen, wie gerade unsere Ausstellung zeige. Weiter betonte er die Bedeutung des kulturellen deutsch-französischen Austauschs, der an diesem Abend im Heinrich Heine-Haus zu seiner Freude wieder einmal ermöglicht wurde.



Edzard Reuter in der Ausstellung im Maison Heinrich Heine in Paris am Eröffnungsabend des 14. Oktober 2010

Edzard Reuter (ehem. Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz)

Sichtlich bewegt reflektierte Herr Reuter kurz seine eigene Flucht zusammen mit seiner Familie im Sommer 1935 in die Türkei, wo sie willkommen geheißen wurden. Dort habe er Gastfreundschaft und ein Leben in Frieden erlebt, das vielen anderen in dieser Zeit nicht möglich war. Name und Taten von Fry habe er erst durch den hochbetagten Schriftsteller Hans Sahl kennen gelernt, zu dem er in Tübingen privaten Kontakt hatte. Hans Sahl habe ihm von der menschlichen Größe Frys und seiner Findigkeit erzählt, illegitime Möglichkeiten der Ausreise zu schaffen – nicht nur für die Menschen, die von den US-Regierung als vorteilhaft erachtet und deshalb ausgewählt worden waren. Doch Sahl habe auch den bitteren Beigeschmack betont, dass Frys Mut und Geschicklichkeit diesen Menschen im eigenen Land wie bei der Vichy-Regierung zur Persona non grata gemacht haben, was letzten Endes zu seiner Ausweisung aus Frankreich geführt habe. Sehr emotional erzählte Herr Reuter dann, wie eindringlich Hans Sahl ihn gebeten habe, eine bleibende Erinnerung für Fry zu schaffen – in Form eines für jeden sichtbaren Straßennamens. Dies sollte unbedingt in Berlin sein, der gemeinsamen Heimatstadt von ihnen beiden und der Stadt, in der Varian Fry zum ersten Mal begriffen habe, was diese nationalsozialistische Barbarei für die Welt bedeuten würde. Doch in unserem Geschichtsbewusstsein sei

Varian Fry laut Herrn Reuter vergessen; nach wie vor sei er für viele ein Unbekannter. Umso verdienstvoller sei deshalb diese Ausstellung des „kritischen“ Museums, die sich nun hoffentlich auf den Weg mache durch die Städte Europas.

Herr Reuter endete mit einem Appell: Wir sollen die in der Ausstellung sichtbaren vielfältigen Verstrickungen der Menschen als Mahnung verstehen, dass es eine solche Barbarei immer wieder neu geben könne. Gerade weil es überall in der Geschichte feige Mitläufer und mutige Kämpfer gegeben habe, müsse diese Erfahrung als Erinnerung lebendig bleiben, um uns dazu aufzurufen, unsere Verantwortung in der Welt wahr zu nehmen.

... und wieder zurück nach Deutschland ...

Viernheim: Ende Oktober bis Mitte November war „Varian Fry“ im Kunsthaus Viernheim zu sehen. Besonderer Dank gilt hierfür dem unermüdlichen Einsatz von Doris Diamant Siebert. Auch ihr Vater, der Mannheimer Gewerkschafter Max Diamant, versuchte damals in Marseille zusammen mit Varian Fry, noch möglichst viele verfolgte Flüchtlinge vor den Nationalsozialisten zu retten. Durch Claus Bunte vom Kunsthaus Viernheim und Wolfgang Geisler, dem Direktor der dortigen Europaschule, wurde bei dieser Station besonders das Interesse am pädagogischen Begleitmaterial belebt.

Wiesbaden: Als nächstes wird das Rathaus Wiesbaden die Ausstellung vom 19. Januar bis zum 18. Februar 2011 präsentieren. Im Sommer wird sie in Prora/Rügen zu sehen sein und im Herbst voraussichtlich in Dortmund und Würzburg. Darüber hinaus steht die Ausstellung gerne anderen interessierten Institutionen zur Verfügung.

... und danach: Wohin?

Marion Neumann

Marion Neumann hat die Ausstellung über Varian Fry seinerzeit gemeinsam mit Angelika Meyer kuratiert.

FINAL SALE. THE END OF JEWISH OWNED BUSINESSES IN NAZI BERLIN

Eine englische Fassung der Ausstellung „Verraten und verkauft“ im Leo Baeck Institut New York



Am 9. Dezember 2010 wurde in der Katherine and Clifford H. Goldstein Gallery des Leo Baeck Instituts New York eine englische Version unserer Ausstellung „Verraten und verkauft“ unter dem Titel „Final Sale“ in Anwesenheit einer ganzen Reihe von Nachkommen von Mitarbeitern oder Besitzern der in der Ausstellung beispielhaft dokumentierten Unternehmen eröffnet. Bettina Kubanek, die die Ausstellung gemeinsam mit Petra Müller gestaltet hat, war – wie auch Christoph Kreuztmüller – vor Ort und hat diese Fotos mitgebracht. Vielen Dank dafür!



DIE STRASSE DES 23. AUGUST

Müssen wir die Geschichte des XX. Jahrhunderts umschreiben?

I. Bis heute fast unbemerkt von der interessierten Öffentlichkeit hat das Straßburger Parlament im April 2009 mit großer Mehrheit eine von der osteuropäischen Rechten initiierte Resolution verabschiedet, die uns in Erinnerung an das Schicksalsjahr 1939 einen weiteren Gedenktag verordnet.¹ Nun wäre der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges ein gutes Datum gewesen, zum dauerhaften Nachdenken über Ursachen und Folgen dieser Menschheitskatastrophe aufzurufen. Aber darum geht es den Vertretern von Donald Rumsfelds „Neuem Europa“, die längst selbst wieder Krieg führen, überhaupt nicht. Ihr Text zielt in eine ganz andere Richtung. Nicht vom 1. September, sondern vom 23. August 1939, dem Tag der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages ist die Rede. Gedacht werden soll an diesem Datum künftig „aller Opfer totalitärer und autoritärer Regime“. Die EntschlieÙung betont zwar, „dass offizielle politische Auslegungen historischer Fakten nicht durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten aufgezwungen werden sollten“. Aber genau das ist es, was sie tut.

Es liegt in der Natur von Gedenktagen, jeweils nur die Peripetien der Ereignisse festzuhalten, nicht die Prozesse zu klären, die zu ihnen geführt haben und deren Resultat sie sind. Jedes der großen historischen Daten hat seine Vorgeschichte und kann nur als logischer Endpunkt einer Entwicklung verstanden werden. Ob August 1914 oder November 1918, Januar 1933 oder Mai 1945, stets ist ein Davor und Danach mitzudenken und in seiner Kausalität zu begreifen. Das gilt auch für den 1. September 1939.

Warum also gerade der 23. August? Warum nicht der 15. März? War die Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ nicht der eigentliche Kriegsbeginn? Aber das wichtigste Datum der Vorgeschichte ist und bleibt der 29. September 1938. Jede Erforschung der Ursachen

des Zweiten Weltkriegs führt unvermeidlich zu diesem Tag der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, Abschluss jener Konferenz der Westmächte mit Hitler, von der die Sowjetunion folgerichtig ausgeschlossen war. Es war die Preisgabe der CSR, der einzigen Militärmacht auf dem europäischen Kontinent, die den Aggressor noch abschreckte, mit der man das Tor zum Kriege aufstieß. Neville Chamberlain hatte sich wie Polen gegen Stalin und für Hitler entschieden, wenn das die Alternative war.

Heute spricht man nicht mehr davon, aber die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung nach 1933, das Verbot der lästigen Gewerkschaften und die physische Liquidierung der „linken“ SA-Führung, weit entfernt davon, Entsetzen zu erregen, hatten Hitler bei den herrschenden Kreisen nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb seiner Grenzen allgemeines Wohlwollen eingetragen. Man sah in ihm zurecht den bedingungslosen Verfechter des gesellschaftlichen status quo und der bestehenden Besitzverhältnisse, verlässliches Schild und womöglich künftiges Schwert gegen die „drohende kommunistische Gefahr“.

Winston Churchill, ein politisch unverdächtiger Zeuge, dessen Memoiren man den Abgeordneten des Straßburger Parlamentes als Pflichtlektüre verordnen sollte, kam auch nachträglich zu der erschütternden Schlussfolgerung, dass der Krieg zu verhindern gewesen wäre, hätte man sich schon damals zu einer Anti-Hitler-Koalition entschlossen, auf die Stalin ein Jahr lang vergeblich drängte. Dessen Pakt mit Berlin verstand er als unvermeidliche Konsequenz der westlichen Politik.

Das einzig denkbare Datum statt des 1. September 1939 wäre noch der 18. Juli 1936 gewesen, denn es war der Spanische Bürgerkrieg, die Ouvertüre zum Zweiten Weltkrieg, in dem die sich feindlichen Grundprinzipien von sozialer Demokratie und Gewaltherrschaft einer Minderheit zusammenstießen. Es war in Spanien, wo die militärische Intervention Hitlerdeutschlands zugunsten der Putschisten, das ambivalente Engagement der UdSSR für die spanische Republik und das eklatante

Versagen der Westmächte jeden der Akteure in der für ihn charakteristischen Rolle bei diesem Verhängnis zeigte. Aber nicht komplexer historischer Lehrstoff, sondern ideologisch präformierte Wahrheiten waren gefragt.

II. Im Text der Resolution stehen durchaus vernünftige und völlig absurde Anmerkungen unvermittelt nebeneinander. Die Forderung nach Öffnung der Archive in Osteuropa bzw. einem ungehinderten Zugang zu ihnen zum Beispiel ist sicher ebenso berechtigt wie jene nach Förderung der Arbeit dort tätiger NGOs, wie etwa von „Memorial“ in Moskau. Liest man dagegen, dass auch „die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums bzw. eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime“ gefordert wird, kann man sich nur wundern, wie bereitwillig sich hier historische Laien öffentlich selbst disqualifizieren.

Auffällig ist die überaus umständliche, fast schamhafte Form der Einführung des Themas auf langen rhetorischen Umwegen mit der erst ganz am Schluss vorgetragenen conclusio, die überrascht, weil sie sich aus dem Text keineswegs zwingend ergibt. Natürlich handelt es sich um ein aufgeblähtes Kompromisspapier, an dem viele Federn mitgeschrieben haben, so dass die Stringenz der ursprünglichen Textfassung verloren gegangen sein mag. Jene, denen es gelang, einen Absatz einzufügen, der auch die faschistischen Diktaturen in Westeuropa erwähnt, waren vermutlich sehr stolz auf ihren Erfolg, ohne zu begreifen, dass sie nur die noch fehlenden Nebelkerzen lieferten, denn ein Argument für die Wahl des 23. August sind diese Beispiele nicht.

Unbestreitbar bleibt, „dass es vom Blickwinkel der Opfer aus unwesentlich ist, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden liess“. Ein eigener Gedenktag für die Opfer des Stalin'schen Terrors wäre also nur zu berechtigt. Aber den Initiatoren geht es um etwas ganz anderes. Das Codewort lautet: „Umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte“.

Was sie darunter verstehen, ist kein Geheimnis mehr. Es läuft, kurz gesagt, auf die inzwischen wohlbekannte These hinaus, dass es sich bei Hitlerismus und Stalinismus um zwei nicht nur ähnliche, sondern innerlich wie substantiell wesensverwandte, wenn nicht gleiche Systeme gehandelt habe, die sich nicht nur der gleichen Methoden bedienten, sondern im Grunde auch ein gemeinsames Ziel gehabt hätten, nämlich den Sozialismus, den sie – wenn auch auf unterschiedlichen Wegen – beide anstrebten. Aktuelle Stoßrichtung und Absicht dieser Geschichtsklitterung bedürfen keiner näheren Erläuterung. Ausgehend von der Grundthese der Gemeinsamkeit der Diktaturen im Denken und Handeln arbeitet man bereits an einer Revision und Neuinterpretation der historischen Ereignisse des XX. Jahrhunderts.

Dieser Versuch, die Totalitarismustheorie zu reanimieren und als verbindliches Erklärungsmodell festzuschreiben, das beide Systeme, die ebenso viele erschreckende Analogien wie fundamentale Unterschiede aufweisen, gänzlich ahistorisch in eins setzt, hat aber noch eine weitere Folge, nämlich: auch die Opfer dieser Systeme in eine Gemeinsamkeit zu zwingen, die sie durchaus nicht wollen. Bis heute hat es selbst unter den verschiedenen Fraktionen der Opfer und Gegner des NS-Regimes keine Einigung über ein gemeinsames Gedenken und ein gemeinsames Denkmal gegeben. Und nun sollte eine Verständigung zwischen allen Opfergruppen möglich sein? Wie bei den ursprünglichen Plänen der Regierung Kohl, die auch eine Gemeinsamkeit aller „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ (in dieser politisch aufschlussreichen Reihenfolge der Aufzählung) dekretieren wollte, könnte bei einem solchen Verfahren buchstäblich jeder eines jeden gedenken, der ihm passt, - Opfer oder Täter, Ermordete oder Mörder, je nach dem.

Dass eine Gruppe konservativer Abgeordneter aus den baltischen Staaten und Osteuropa die Entschliebung „Zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ vorgeschlagen und forciert hat, ist verständlich. Unverständlich bleibt, wie dieser Antrag im Straßburger Parlament eine breite Mehrheit finden konnte. Wie

haben sich die Abgeordneten auf der linken Seite des Hauses bei der Abstimmung verhalten? War es Unaufmerksamkeit, historische Unkenntnis oder politischer Opportunismus, der zu diesem Resultat geführt hat? Immerhin handelt es sich hier um nicht mehr und nicht weniger als aktive Beihilfe zur Etablierung einer neuen „Meistererzählung“, Deutungshoheit und Meinungsführerschaft der europäischen Rechten.

III. Ein ähnliches Bild wie die Straßburger Entschließung, die sie unterstützt, zeigt eine „Berliner Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 2009“. Auch sie trifft zahlreiche Feststellungen, um erst im vorletzten Satz den Beschluss des Europäischen Parlaments als ersten Schritt zu einer „aktiven, verantwortungsbewussten Erinnerungskultur“ zu begrüßen, freilich ohne den dort vorgesehenen Gedenktag und sein Datum direkt zu erwähnen. Auch diese Erklärung wurde nicht nur von den Initiatoren und vermutlichen Verfassern Marianne Birthler und Joachim Gauck sowie den „üblichen Verdächtigen“ von Friede Springer und Günter Nooke bis Freya Klier unterzeichnet. Man findet unter dem Text auch viele Namen aus dem linksliberalen Spektrum, darunter auch die von neun Historikern, die wir schätzen und stets als Verbündete betrachtet haben.² War ihnen der Wortlaut der Straßburger Deklaration, der sie da zustimmen, tatsächlich bekannt? Und wie ist die Liste zustande gekommen? Ebenso interessant wie die Zusammensetzung der Unterzeichner ist, welche Namen hier fehlen. Gab es Absagen? Es fällt auf, dass von den Leitern der NS-Gedenkstätten mit Ausnahme der Gedenkstätte Deutscher Widerstand niemand unterschrieben hat. Eine Demonstration? Sicher nicht, denn offenbar wurden sie gar nicht erst gefragt.

In drei Punkten geht die Berliner Erklärung über den Straßburger Text hinaus. Zunächst spricht sie mit einer für Historiker bemerkenswerten Ungenauigkeit vom „Überfall auf Polen durch Deutschland und die Sowjetunion“. Tatsächlich muss man entscheidende historische Fakten zur Vorgeschichte wie zum Vorgang selbst fortlassen, um einen solchen Pauschalsatz hinzuschreiben. Er ist allerdings ganz unerlässlich, wenn

man die Wahl des 23. August als Gedenktag begründen will. Sodann bekennt sich der Text zu Deutschlands Verantwortung, den Pakt mit der UdSSR geschlossen, wie auch, ihn später gebrochen zu haben und daher mitschuldig zu sein, dass sich die Sowjetherrschaft in Folge des Zweiten Weltkrieges in Osteuropa ausbreiten konnte. Schließlich dankt die Erklärung nicht nur den Dissidenten in Osteuropa, sondern auch „jenen im Westen, die sich nie mit dem Eisernen Vorhang und den kommunistischen Diktaturen abgefunden, auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrungen und die Opposition gegen die Regime unterstützt haben.“ Hier wird bereits an einer weiteren, politisch recht durchsichtigen Legende gestrickt, die wohl auch Teil des großen neuen Narrativs werden soll. Mancher der Unterzeichner, die dem politischen Kurswechsel und der neuen Marschrichtung freiwillig zugestimmt haben, wird sich noch wundern, in die Gesellschaft welcher Weggenossen er da geraten ist und wohin die jetzt gewählte Straße am Ende führen wird. Nur im besten Falle wird sie sich als Sackgasse erweisen.

Gerhard Schoenberger

1) Günter Morsch hat als erster darauf aufmerksam gemacht, siehe sein Essay „Geschichte als Waffe“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2010, bzw. „Eine umfassende Neubewertung der Europäischen Geschichte?“, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 157 vom Oktober 2010.

2) Zu den Unterzeichnern gehören, neben einem guten Dutzend Politiker, Schriftsteller und Publizisten (unter ihnen Rita Süßmuth, Hans-Jochen Vogel, Markus Meckel, Uwe Kolbe, Erich Loest, Peter Schneider, Klaus Bölling, Helga Hirsch und Lea Rosh) auch die Historiker Bernd Faulenbach, Friedrich Kahlenberg, Horst Möller, Reinhard Rürup, Richard Schröder, Peter Steinbach, Johannes Tuchel, Hermann Weber und Heinrich August Winkler.

EIN FAST VERGESSENER ORT DER JUDENVERFOLGUNG

Die Staatspolizeileitstelle in der Burgstraße

Die Burgstraße in Berlin-Mitte, eine kleine unscheinbare Straße in der Nähe der Museumsinsel, entpuppt sich historisch als ein spannender Ort, an dem Gegensätze aufeinanderprallen:

Ende des 18. Jahrhunderts verkehrte in dieser Straße die aufgeklärte Gesellschaft um Moses Mendelssohn im Hause des Daniel Itzig, dem ersten Juden, der von Friedrich Wilhelm II. die volle Staatsbürgerschaft verliehen bekommen hatte, und der der Burgstraße mit seinem Palais zu Glanz verhalf. 1859 erhielt sein Enkel Friedrich Hitzig, der seinen Namen bereits um das „H“

im Anlaut erweitert hatte, um nicht mehr als Jude identifiziert werden zu können, den Auftrag, das Palais durch den Bau der neuen Berliner Börse zu ersetzen, die dann zu den aufwändigsten Bauten des 19. Jahrhunderts in Berlin gehörte.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte sich die Burgstraße auf Postkarten als prächtige Straße mit eindrucksvollen Eckhäusern. Neben Bürogebäuden und Wohnungen gab es Vergnügungsstätten, wie den „Feenpalast“ und das feste Haus des „Circus Busch“ am Bahnhof Börse.

An eben dieser Stelle demonstrierte 1933 der „Mob“ auf der Straße gegen Juden im Börsenvorstand. Wo am 10. November 1918, einen Tag nach der Abdankung des Kaisers, im damaligen Circus Busch die Delegierten der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte die Provisorische Regierung bestätigten, sollten weniger als



Historische Postkarte 1902

20 Jahre später Teile von Hitlers und Speers Vision von „Germania“ umgesetzt werden. In den 1930er-Jahren trafen in der Burgstraße politischer Widerstand linker Parteien und die Etablierung der NS-Institutionen auf engstem Raum zusammen, wie sich an der Geschichte eines Gebäudekomplexes, dem „Bürohaus Börse“, exemplarisch verdeutlichen lässt.

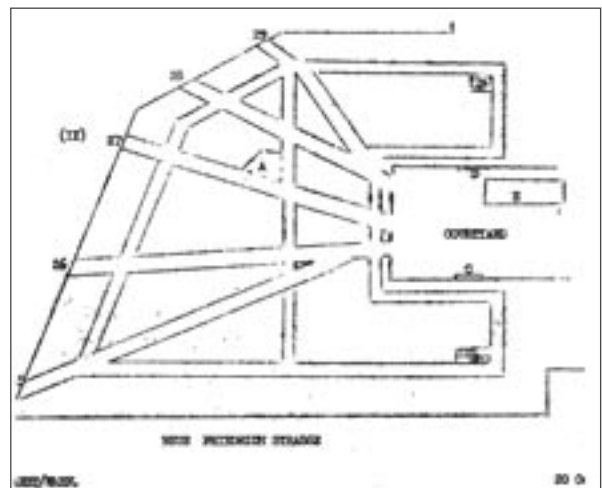
Das „Bürohaus Börse“ in den Jahren 1933-1945

Das „Bürohaus Börse“ umfasste die Burgstraße 27-30. In den Berliner Adressbüchern von 1930-36 stehen für die angrenzende Nr. 26 die „von Oppenfeld’sche Familienstiftung“ und für die Nr. 27-30 das „Bürohaus Börse“ als Eigentümer vermerkt. Zu der heterogenen Mieterschaft gehörten unter anderem ein Zahntechniker, ein Gastwirt, zahlreiche Kursmakler und Verbände, so auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Das große, durch lange Flure unübersichtliche Gebäude eignete sich gut für verdeckte Aktionen verbotener Oppositionsbewegungen: Der „Rote Stoßtrupp“ druckte dort die gleichnamige Zeitung und die KPD nutzte zeitweise Räume zur Lagerung von Akten.

Die Adressbücher der folgenden Jahre zeigen, dass das Gebäude für den Abriss vorgesehen war, um den „Germania“-Planungen Platz zu machen. Aus den Adressbüchern geht jedoch nicht hervor, dass sich in der Burgstraße Nr. 26 eine Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes und in der Nr. 28 das „Judenreferat“ der Stapoleitstelle Berlin befanden.

„In der Burgstraße liegt das Hauptquartier der SS“ und „Das Hauptquartier der Gestapo lag in der Burgstraße“: Diese Aussagen von Zeitzeugen verdeutlichen, welche Bedeutung Augenzeugen dem „Judenreferat“ in der Burgstraße zuschrieben. Während andere Staatspolizeileitstellen wie Köln, Düsseldorf oder Frankfurt mittlerweile umfangreich dokumentiert sind, fehlt für die Stapoleitstelle Berlin, immerhin der größten im „Altreich“, eine umfassende Auseinandersetzung. Die Unterlagen der Behörden sind im Krieg verbrannt oder von den Verantwortlichen zu Kriegsende vernichtet worden. Der Aufbau, die personelle Zusammensetzung

und das Vorgehen des „Judenreferats“ in der Burgstraße lassen sich nur über die Augenzeugenberichte der von der Verfolgung Betroffenen und über die Prozessakten aus dem „Fall Bovensiepen“ erschließen, dem Leiter der Stapoleitstelle Berlin von 1941-43. Eine besondere Stellung bei den Quellen zum „Judenreferat“ nimmt das bisher unveröffentlichte Verhörprotokoll von Heinz Holzmann ein, das ich in den National Archives in London fand. Holzmann, ein Halbjude mit sozialdemokratischer Vergangenheit, wurde als Kriegsgefangener in Lingfield 1944 verhört. Er kannte „die Burgstraße“ aus mehreren Verhören. Nach seiner Haft im Konzentrationslager musste er Zwangsarbeit leisten und geriet 1944 in Frankreich in Gefangenschaft. Seine Aussagen wurden als glaubwürdig eingestuft. Er skizziert den großen Gebäudekomplex mit verschiedenen Eingängen und Treppenhäusern und einem separaten Zugang im Hof zu den Gefängniszellen. Detaillierte Schilderungen der Methoden und Zustände im Gefängnis wurden auch von anderen Häftlingen wie Lotte Paech aus der Herbert-Baum-Gruppe oder Joseph Roth beschrieben und in den Nürnberger Prozessen aufgegriffen.



Skizze des Gebäudekomplexes, angefertigt von Horst Holzmann, 1944

In den Aufgabenbereich des „Judenreferates“ fielen zahlreiche Tätigkeiten zur Verfolgung und Deportation der Juden in Berlin. Sie begannen mit der Erfassung jedes Juden in einer Kartei, der Fahndung

nach Juden und der anschließenden Festnahme und Vernehmung. Schließlich endete sie in der Unterbringung und Bewachung in Sammellagern, der Erstellung von Transportlisten in die Konzentrationslager sowie als letztes der Begleitung der Deportationszüge. Diese Aufgaben übernahmen ungefähr 30 Mitarbeiter, die von zusätzlichen Mitarbeitern wie den „Greifern“ unterstützt wurden, die nach versteckten Juden im Untergrund fahndeten.

Geleitet wurde das „Judenreferat“ von Gerhard Stübbs, dessen fortwährende Bereicherung mit Wertgegenständen deportierter Juden selbst seinen Vorgesetzten zuviel wurde und der deshalb durch Walter Stock ersetzt wurde, einem Mann, der wegen seiner Brutalität gefürchtet wurde. Auch von anderen Mitarbeitern wie Franz W. Prüfer sind Bereicherung oder wie bei Ernst Sasse schwere Misshandlungen bezeugt. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass im Bovensiepen-Prozess keiner der Beschuldigten aus dem „Judenreferat“ verurteilt wurde, jedoch die zur Mitarbeit gezwungenen jüdischen „Greifer“ von einem sowjetischen Militärtribunal bzw. Strafgericht mit aller Härte bestraft wurden. Somit gehörten die einzigen Verurteilten zur Gruppe der Verfolgten.

Die Organisation und Durchführung der Deportationen der Juden auf lokaler Ebene lag in den Händen der jeweiligen Stapoleitstelle. Diese waren für die Selektion, die Erfassung der Vermögenswerte, die Einweisung in Sammellager und den Transportablauf zuständig. In Berlin ließ die Stapoleitstelle zunächst die jüdische Wohnungberatungsstelle nach dem Zufallsprinzip die Deportationsliste erstellen. Die auf den Listen Stehenden wurden anfangs von der jüdischen Gemeinde über ihre bevorstehende Deportation benachrichtigt, da aber manche nach dieser Information untertauchten, wurden die Betroffenen später von der Gestapo ohne Vorwarnung abgeholt. Die Stapoleitstelle sammelte die „Vermögensklärungen“ der zu deportierenden Juden und leitete diese an die „Vermögensverwertungsstelle“ weiter. Vor der Deportation wurden die Juden in Sammellagern, wie dem in der Auguststraße, untergebracht, in denen auf engstem Raum bis zu 1.000



Die Burgstraße 28 im Jahr 2008. 2003 wurde am Haus auf Anregung der Gedenktafelkommission Mitte eine historische Informationstafel angebracht, die im Oktober 2009 durch eine zweisprachige Tafel ersetzt wurde.

Menschen untergebracht wurden. Die Beamten der Stapoleitstelle begleiteten mit weiteren Polizisten oder auch RSHA-Mitarbeitern die Züge. Nach ihrer Ankunft in den Konzentrationslagern wurde die Aufsicht an die SS übertragen. Die Zuständigkeit der Stapoleitstelle endete somit am Zielort der Deportation. Als letzte Amtshandlung wurden Restlöhne der Deportierten von der „Burgstraße“ eingefordert.

Es ist verwunderlich, dass trotz des großen Anteils des „Judenreferats“ an der Verfolgung und Deportation der Berliner Juden keine umfangreiche Arbeit zu der Berliner Staatspolizeileitstelle existiert. Es wurden zwar die Vorgaben des reichsweiten Gestapa umgesetzt. Die Wahl der Methoden, der „Einfallsreichtum“ bei der Fahndung und Verfolgung und die ungeheure Brutalität bei Verhören zeigen aber, dass die Gestapo-Beamten durchaus nach eigenem Ermessen handelten und somit maßgeblich an der Vernichtung von mehr als 55.600 jüdischen Berlinern beteiligt waren.

Julian Massenberg

Julian R. Massenberg hat 2009 am Zehlendorfer Shadow-Gymnasium Abitur gemacht und studiert nun – nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr in Verona – seit Oktober 2010 Volkswirtschaftslehre in Münster.

„WIR WAREN SCHLIESSLICH DURCH DAS SCHICKSAL VERBUNDEN“

Die Jüdische Private Musikschule Hollaender in Berlin

Am 21. März 2007 wurde an dem Gebäude Sybelstraße 9 in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Gedenktafel enthüllt, die an die Jüdische Private Musikschule Hollaender erinnert. Sie ersetzte eine provisorische Tafel, die das Aktive Museum dort am 8. November 1992 angebracht hatte, im Vorfeld der am 24. Januar 1993 im Heimatmuseum Charlottenburg eröffneten, zusammen mit Christine Zahn erarbeiteten Ausstellung „Die Jüdische Private Musikschule Hollaender – eine Spurensuche“, die anschließend im Foyer des Konzertsales der heutigen Universität der Künste Berlin zu sehen war.

Die Gedenktafel ist das einzige Erinnerungszeichen an diese Institution jüdischer Selbstbehauptung in Zeiten der NS-Verfolgung, in der die Tradition des renommierten Stern'schen Konservatoriums in Berlin fortlebte.

Das „Stern'sche Konservatorium“, 1850 von Julius Stern, Theodor Kullak und Adolf Bernhard Marx gegründet und Jahrzehnte lang von Gustav Hollaender geleitet, wurde 1935 „arisiert“: Die drei Kinder Gustav Hollaenders mussten das renommierte Musikinstitut weit unter dem Schätzwert für 60.000 Reichsmark zwangsverkaufen. Am 1. Februar 1936 wurde es unter der Leitung von Bruno Kittel als „Konservatorium der Reichshauptstadt Berlin“ wieder eröffnet. Bereits am 16. Januar hatte sich Bruno Kittel im „Völkischen Beobachter“ dafür gerühmt, „daß sich in diesem Hause, obwohl es eine jüdische Gründung ist und zeitweilig dem jüdischen Einfluß in der kulturellen Auffassung zu erliegen drohte, letzten Endes doch siegreich der deutsche Geist und die deutsche Kunstauffassung durchgesetzt haben“.

Die dort nun entlassenen jüdischen Lehrkräfte Käthe Meyersohn, Margarete Rosenstein, Paula Salomon-Lindberg, Kurt Salinger sowie Susanne Landsberg-Hollaender und Mela Herz-Hollaender, die zugleich Miteigentümer waren, beschlossen daraufhin, ein eigenes jüdisches Konservatorium zu gründen. Geleitet wurde es von Kurt Hollaender, dem bisherigen Geschäftsführer des Stern'schen Konservatoriums, der wie seine Geschwister nach der „Arisierung“ entlassen worden war. Innerhalb weniger Wochen gelang es, geeignete Räumlichkeiten in der ersten Etage des Hauses Sybelstraße 9 zu finden und für die Weiterführung der musikpädagogischen Arbeit anzumieten.

Im März 1936 wurde der Antrag auf Genehmigung des Unterrichtsbetriebes der „Jüdischen Privaten Musikschule Hollaender“ durch die zuständigen NS-Behörden genehmigt. Es war die Zeit vor den Olympischen Spielen, in der rassistische Verfolgungsmaßnahmen gelockert wurden, um dem bereits angeschlagenen Ansehen des Deutschen Reiches nicht weiteren Schaden zuzufügen. Ähnlich wie bei der Arbeit des Jüdischen Kulturbundes bedeutete diese Gründung für die jüdischen Lehrkräfte und ihre Schüler eine Absicherung ihrer Existenz, die sie vorübergehend vor weiterer Verfolgung schützen konnte.

Die Eröffnung der Musikschule Hollaender am 15. April 1936 fand ein breites Echo in der jüdischen Presse. So überschrieben sowohl die „C.V.-Zeitung“ als auch die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ ihre Artikel mit dem Titel „Ein jüdisches Konservatorium in Berlin“. Letztere sah in der Ausgabe vom 6. April in der Eröffnung der Musikschule „ein erfreuliches Zeichen des Optimismus“. Skeptischer urteilte Ludwig Misch am 12. April 1936 im „Jüdischen Gemeindeblatt“: „Zweifellos wird das Unternehmen allseits mit Sympathie und Interesse begrüßt und als eine für den kulturellen Teil des jüdischen Lebens bedeutsame Einrichtung erkannt werden, und man kann den Gründern einen vollen Erfolg ihrer Pläne wünschen. Ob die Entwicklung den Plänen und Wünschen entsprechend vor sich gehen wird, muß natürlich abgewartet werden.“ Er wies bereits zu diesem Zeitpunkt auf ein Problem hin, dass die vierjährige



Paula Salomon-Lindberg, 1937

Tätigkeit der Musikschule stark beeinträchtigte: „Die Frage der Besetzung des Lehrkörpers bietet natürlich ihre Schwierigkeiten infolge der Auswanderungsbewegung innerhalb der jüdischen Künstlerschaft.“ Die dadurch bedingte Fluktuation sollte ab 1938 zu ernsthaften Problemen führen.

Wie empfanden Lehrende und Schüler den Unterrichtsbetrieb an der Jüdischen Privaten Musikschule Hollaender? Die Sängerin Paula Salomon-Lindberg gehörte wohl zu den letzten Überlebenden aus dem damaligen Lehrerkollegium, als ich sie dazu 1992 befragte. Sie sah rückblickend im Schulbetrieb der Musikschule eine „Insel“, weil man dort „noch etwas tun konnte“, und sie fuhr fort: „Das hat aber auch befriedigt, darum hat man es auch getan.“ Anders als am „Sternschen Konservatorium“, wo sie bereits als Studentin der Musikhochschule unterrichtete, war für sie die Atmosphäre hier jedoch von der äußeren Bedrohung geprägt: „In dieser Zeit kam man angerast

und ist in letzter Minute wieder weggerast, weil ja jeder sorgen musste: Wie komme ich raus – oder: Was kann ich für den anderen tun? Darum ist das fast verwischt für mich, diese Zeit. Man war nur noch halbiert.“ Ganz anders beurteilt sie jedoch die Situation aus der Optik der Musikschüler: „Aber für die Schüler war es der Lichtblick. Zuhause haben diese jungen Menschen nur erlebt, daß gejammert wurde, wollen wir mal sagen, auf die Post gewartet wurde: Kriege ich einen Ausweis? – Und das war eben die Erholung. Denn etwas anders haben sie ja nicht gehabt. Das war es. Sie haben sich dadurch auch sehr an die Lehrer geklammert.“

Zu den ersten Schülern gehörte ab März 1936 Lothar Alexander Ringer, der im Gespräch 1990 bestätigte: „Die Musikschule Hollaender war für jemanden wie mich eine Art Paradies. [...] Sie können sich vorstellen, dass die akustische Situation nicht ideal war, man hörte immer, was nebenan vorging, aber es war ein Kameradschaftsgeist da ohnegleichen, und die Lehrer und Schüler kamen sich natürlich viel näher, als das an einer gewöhnlichen Hochschule der Fall gewesen wäre. Wir waren schließlich durch das Schicksal verbunden.“

Innerhalb kürzester Zeit erreichte die Musikschule Hollaender zahlenmäßig nahezu zwei Drittel des Umfangs des früheren Konservatoriums. Wie der erste Jahresbericht 1936/37 belegt, unterrichteten dort 39 Lehrkräfte insgesamt 163 Schülerinnen und Schüler - gegenüber 70 Lehrkräften und 227 Schülern am Konservatorium der Reichshauptstadt. Einem Werbeprospekt aus dem selben Jahr ist zu entnehmen, dass dem Kollegium so prominente Musiker wie der Sänger Wilhelm Guttmann und die Sängerin Paula Salomon-Lindberg, die Pianisten Wolfgang Rosé und Theodor Schoenberger, die Geiger Kurt Oppenheimer und Frieda Peters-Mosheim, die Cellisten Ernst Silberstein und Fritz Wallenberg, der Organist Erwin Jospe sowie acht Bläser aus dem Orchester des Jüdischen Kulturbundes angehörten. Die Verbindung zum Orchester des Kulturbundes sollte den Nachwuchs für diesen Klangkörper gewährleisten. Hinzu kam die Musikwissenschaftlerin Anneliese Landau und der Komponist und Musikwissenschaftler Oskar Guttmann,



Lehrer und Schüler der Jüdischen Privaten Musikschule Hollaender, 1940

der zugleich die jüdische Vorbeterschule Beth Hachasanim leitete, die der Musikschule seit dem 1. November 1936 angegliedert war.

Das Schuljahr 1937 brachte die Einrichtung eines Opern- und Operettenstudios unter Leitung von Willy Aron und Werner Fabian sowie eines Schulorchesters, das von Julius Prüwer, dem früheren Kapellmeister der Berliner Philharmoniker, geleitet wurde. Zeitweilig konnte der Unterrichtsbetrieb nun auf die zweite Etage des Wohn- und Geschäftshauses ausgedehnt werden.

Doch mit den Novemberpogromen 1938 wurde auch in dieser Insel des Überlebens durch Kultur der Druck unübersehbar. Für viele der dort lehrenden oder studierenden Juden war dies das letzte Warnsignal, Deutschland zu verlassen. Lothar Alexander Ringer erinnerte sich im Gespräch an den Tag danach: „Am 10. November 1938 fuhr ich dorthin zu einer

Klarinettenstunde, und während ich im Bus saß, kam die Gestapo zu uns nachhause, um mich abzuholen. Und wie ich in die Musikschule Hollaender kam, sagte mir der Sohn des Direktors, ein gewisser Herr Fabian: „Ihre Frau Mutter hat angerufen, und sie hat gesagt, Sie wüssten schon, wo Sie hingehen sollten, kommen Sie bloß nicht mehr nachhause.“ Und er resümierte: „Ich betrachte es irgendwie auch als einen beinahe symbolischen Akt, dass mir diese Musikschule Hollaender in gewisser Hinsicht vielleicht das Leben gerettet hat.“ Lothar Alexander Ringer konnte untertauchen und emigrierte in die USA, wo er später als Musikwissenschaftler unterrichtete.

Innerhalb des folgenden Jahres verlor die Musikschule Hollaender dreizehn Lehrkräfte: Werner Baer emigrierte im Dezember 1938 nach Melbourne, Michael Balnemes, Jankel Dymont, Oskar Guttmann, Anneliese Landau, Julius Prüwer und Wolfgang Rosé gingen in die USA, Paula Salomon-Lindberg floh im März 1939

nach Amsterdam, Rudolf Levy nach Palästina. Auch Paul Blumenfeld wird im Jahresbericht als Emigrant genannt. Über Melanie Herz-Hollaender informiert eine Karteikarte der Oberfinanzdirektion Berlin, sie sei „unbekannt verzogen“. Über den Abschied seiner Familie von Deutschland berichtete Alfred Goodman, der Sohn von Oskar und Paula Guttmann, im Gespräch 1990: „Ich muß sagen, daß eigentlich die ganze Zeit zwischen Anfang 1933 bis zur Auswanderung, das waren ja immerhin noch sechs Jahre, doch mit Tragik umringt waren dahingehend, daß mein Vater an nichts glaubte außer an seinen Beruf, an seine kulturelle Verflochtenheit, seine Verflechtungen mit der deutschen Kultur, wenn er auch kosmopolitisch gedacht hat, aber die Verflechtungen zur deutschen Kultur waren doch so tief in ihm drin, er kam da nicht heraus, und daran ist er auch in New York gestorben.“

Die Leerstellen im Unterrichtsbetrieb konnten zunächst noch durch andere Musiker gefüllt werden: Alfred Lichtenstein übernahm den Flötenunterricht von Arthur Schleimer, Willy Aron das Fach Musikgeschichte von Anneliese Landau, Hans Flatow die Fächer Klarinette, Saxophon und moderne Tanzmusik von Michael Balnemes und Werner Baer, Werner Müller den Unterricht in Violoncello und Posaune von Paul Blumenfeld, Karl Wiener unterrichtete anstelle von Oskar Guttmann Musiktheorie, Komposition und Kontrapunkt und Werner Fabian übernahm die Leitung des Schulorchesters von Julius Prüwer.

Für das Kulturbund-Orchester und das Orchester der Jüdischen Künstlerhilfe, die 1939 zu einem Orchester vereinigt wurden, brachte die Auswanderung von qualifizierten Orchestermusikern ernsthafte Probleme, und die Musikschule Hollaender gewann nun, nach den Novemberpogromen, eine um so größere Bedeutung für die Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses. Einer der Studierenden dieses Jahres war der Klarinettist Horst Prentki, der schon als Schüler zugleich im Orchester des Jüdischen Kulturbundes mitspielte. Ihm verdanken wir die Überlieferung von Fotografien und Dokumenten zur Geschichte der Musikschule Hollaender, die im Kulturbund-Bestand des Archivs der

Akademie der Künste bewahrt werden. Horst Prentki berichtete mir 1990: „Sehr viele Schüler von der Schule haben dann auch im Kulturbund-Orchester gespielt, zum Beispiel der Helmut Stiebel, ich, Levkowitz, der Kurt Levin, der Henry Meyer, die sind dann selbstverständlich in das Kulturbund-Orchester reingekommen. Immer, wenn einer weggegangen ist, dann war das ein großes Problem, denn es war nicht so einfach, dann sofort jemand neues zu bekommen. Das Kulturbund-Orchester 1933, wollen wir mal sagen, war ‚la‘, aber das Orchester 1938 war schon nicht mehr so ‚la‘, denn da hat dann die künstlerische Qualität, der künstlerische Effekt immer mehr nachgelassen, das ist ja ganz klar. Mit den ganzen Leuten, die dann alle ausgewandert sind ins Orchester in Tel Aviv mit dem Toscanini - das hat man gemerkt!“

Auch das Orchester der Musikschule Hollaender musste nun für seine Konzerte durch Berufsmusiker verstärkt werden, so zum Beispiel zum Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Jüdischen Winterhilfe am 21. März 1940 in der Aula der Joseph-Lehmann-Schule in der Joachimsthaler Straße 13. Anlässlich dieses Konzertes schrieb Michail Michailowitsch am 5. April im „Jüdischen Nachrichtenblatt“ über das Unterrichtsprinzip der Musikschule Hollaender: „Man darf es ohne Umschweife sagen: die Arbeit, die hier geleistet wird, ist gut, denn sie erfolgt nach Gesichtspunkten, die auf die universelle musikalische Durchbildung der Schüler gerichtet sind, das heißt, die Schüler werden zunächst nicht nur zu Instrumental- oder Gesangsolisten herangebildet, sondern zu Musikern. Man konnte sich davon durch Augenschein überzeugen: ein junger Pianist spielte, nach seiner solistischen Darbietung am Flügel, hinterher im Orchester Violoncello, und ein junger Kapellmeisterschüler betätigte sich, nachdem er den Dirigentenstab aus der Hand gelegt hatte, mit Eifer am Schlagzeug. Das ist ein gutes und fruchtbares Prinzip und für die Ausbildung der jungen Musiker von unschätzbarem Vorteil“.

In diesem vierten Jahr des Bestehens der Musikschule Hollaender hatte sich die Zahl der Lehrenden noch weiter reduziert, die verbliebenen Musiker mussten



Orchesterkonzert der Jüdischen Privaten Musikschule Hollaender am 21. März 1940 unter der Leitung von Peter Landsberg

ein immer größeres Lehrgebiet abdecken, um den Unterrichtsbetrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Im Juni 1940 unterrichteten nur noch zwölf Musiker an der Schule: Wolfgang Rosé, Werner Fabian und Margarete Rosenstein für Klavier, Kurt Oppenheimer für Violine und Bratsche, Posemarie Oberndörfer und Werner Müller für Violoncello, Susanne Landsberg für Gesang, Werner Fabian für die Kapellmeisterklasse und den Chor, Kurt Salinger für Schlagzeug und Akkordeon, Gehörübungen, Korrepetition, Harmonium und die Bläserausbildung, Willy Aron für Musikgeschichte, Karl Wiener für Theorie und Komposition und Hans Flatow für Klarinette, Saxophon, Trompete und moderne Tanzmusik.

Dies war vermutlich das letzte Schuljahr der Institution. Es war zugleich das letzte Jahr vor den Beschlüssen der „Wannsee-Konferenz“ und dem Beginn der Deportationen aus Berlin. Auch in diesem Jahr fanden jedoch noch mehrere Konzertabende statt, neben dem bereits erwähnten Konzert zwei weitere am 12. April und am 3. August 1940 im Schulgebäude in der Sybelstraße 9 sowie am 29. August 1940 ein Orchesterkonzert in der Aula der Joseph-Lehmann-Schule, ausgeführt von dem durch Musiker des Kulturbund-Orchesters verstärkten Schulorchesters unter der Leitung von Werner Fabian. Die Ankündigung dieses Orchesterkonzertes im „Jüdischen Nachrichtenblatt“ ist zugleich das letzte schriftliche Zeugnis vom Wirken der Schule. Ein offizielles Datum der Schulschließung gibt es nicht,

doch spätestens ab 30. Juni 1942 gab es überhaupt keine jüdischen Schulen mehr in Deutschland.

Der Direktor und Miteigentümer Kurt Hollaender kam bereits am 27. Oktober 1941 in ein Sammellager in der Lewetzowstraße, wo er am 30. Oktober die Enteignung der Musikschule Hollaender quittieren musste. Noch am selben Tage wurde er mit seiner Frau und den Kindern Adelheid und Gustav nach Lodz deportiert. Seine Schwester Susanne Landsberg-Hollaender wurde am 29. Januar 1943 aus Berlin deportiert und in Auschwitz ermordet, das Todesdatum ist nicht bekannt. Von den meisten der Lehrenden und der Schüler, die noch an der Musikschule Hollaender tätig gewesen waren, verlieren sich die Spuren in den Vernichtungslagern, so von Richard Altmann in Riga, von Willy Aron, Käthe Meyersohn, Margarete Rosenstein und Kurt Salinger in Auschwitz und von Werner Fabian, dessen Todesdatum und -ort unbekannt sind. Karl Wiener starb 1942 im KZ Sachsenhausen und Werner Müller 1945 im KZ Dachau.

Noch bis 1943 stand die „Jüdische Private Musikschule Hollaender“ unter Sybelstraße 9 im offiziellen Berliner Adressbuch. Doch ihre Musiker waren längst in alle Winde verstreut.

Christine Fischer-Defoy

VERLEIHUNG DES VERDIENST- ORDENS DES LANDES BERLIN AN CHRISTINE FISCHER-DEFOY



Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, sagte anlässlich der Verleihung des Verdienstordens des Landes Berlin 2010 am 1. Oktober 2010 im Großen Saal des Roten Rathauses:

Wir ehren heute, am Berliner Verfassungstag, Menschen, die sich um unsere Stadt verdient gemacht haben. [...] Wir ehren einige der Menschen, die Motoren dieser Stadt sind, sie vorangebracht und geprägt haben, aber auch durch ihr überzeugendes Auftreten repräsentieren. Es ist nicht lange her, da war das Gebiet zwischen Martin-Gropius-Bau und Wilhelmstraße eine städtebauliche Wüste. Dass dort einst die Schaltzentrale des NS-Terrors ihren Sitz hatte, das Reichssicherheitshauptamt und das Gestapo-Hauptquartier, wussten in den 1980er Jahren nur wenige, die sich mit der Stadtgeschichte

auskannten. Inzwischen ist aus der Brache ein bedeutender Berliner Gedenkort geworden, die Topographie des Terrors. Ohne eine Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger Berlins wäre es dazu nicht gekommen. Dr. Christine Fischer-Defoy ist eine davon, aber nicht irgendeine. Wir dürfen sie ganz gewiss die treibende Kraft im Verein Aktives Museum nennen, der immer wieder öffentlich zur Sprache brachte, welche Verbrechen von diesem Ort der Täter im Prinz-Albrecht-Palais ausgingen und wie wichtig es ist, diesen authentischen Ort im Gedächtnis der Stadt zu bewahren.

Christine Fischer-Defoys Engagement rührt von ihrer Beschäftigung mit den Schicksalen und Lebensgeschichten deutscher Emigranten. Sie ist ehrenamtliche Vorsitzende des Vereins Aktives Museum, der sich mit der Geschichte von Widerstand, Verfolgung und Exil auseinandersetzt. Lebhaft in Erinnerung ist vielen von uns noch die Ausstellung „Vor die Tür gesetzt“ im Wappensaal des Berliner Rathauses mit all den schiefen Stühlen, auf denen der im Nationalsozialismus verfolgte Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gedacht wurde. Auch die Ausstellung „Haymatloz“ erzählte eine für Berlin wichtige Geschichte. In ihr erfuhren wir etwas über die Willkommenskultur der Türkei, denn weit mehr als 1.000 Flüchtlinge fanden während der NS-Zeit in Ankara oder Istanbul eine sichere Bleibe, darunter so bekannte Persönlichkeiten wie George Tabori, Bruno Taut und Ernst Reuter. Gerade in diesen Zeiten, in denen wir über Integration diskutieren, ist es gut, daran zu erinnern.

Liebe Christine Fischer-Defoy, ich freue mich sehr, Ihnen den Verdienstorden des Landes Berlin verleihen zu können, und verbinde dies mit dem Wunsch, dass Sie auch in Zukunft dazu beitragen, dass wir uns unserer so widersprüchlichen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen bewusst bleiben und uns die Geschichte immer wieder neu aneignen.

Klaus Wowereit

PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

zu beziehen über die Geschäftsstelle

Verraten und verkauft.

Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945

3. Auflage, Berlin 2010

5,00 Euro

Final Sale.

The End of Jewish Owned Businesses in Nazi Berlin

Berlin 2010

5,00 Euro

Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2. verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Vor die Tür gesetzt.

Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945

Berlin 2006

5,00 Euro

HAYMATLOZ. Exil in der Türkei 1933–1945

CD-ROM

Berlin 2004

10,00 Euro

Gedenktafeln in Berlin.

Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991–2001

Christiane Hoss / Martin Schönfeld, Berlin 2002

5,00 Euro

Gedenktafeln in West-Berlin.

Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus

Martin Schönfeld, Berlin 1993

unentgeltlich gegen Portoerstattung

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christine Fischer-Defoy Vorsitzende
Sabine Hillebrecht stellvertr. Vorsitzende
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende
Robert Bauer
Ursula Büchau
Marion Goers
Dr. Matthias Haß
Angelika Meyer
Monica Puginier

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit à la prima, Grafik Design

Druck

MK Druck

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
BLZ 10050000
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

Titel Foto: Abraham Pisarek, Akademie der Künste, Berlin
S. 2 Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 5 Marion Neumann, Berlin
S. 6 Bettina Kubanek, Berlin
S. 10 Privatbesitz, Münster
S. 11 Aus: Verhörprotokoll WO 208/3640 vom 20.10.1944,
The National Archives, London
S. 12 Julian R. Massenberg, Münster
S. 14 Christine Fischer-Defoy, Berlin
S. 15 Foto: Abraham Pisarek, Akademie der Künste, Berlin
S. 17 Foto: Abraham Pisarek, Akademie der Künste, Berlin
S. 18 Landesarchiv Berlin

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de